Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 80 Goldpfennige, auswärtige Reklamen 1 Goldmark, amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 232 — Dienstag, den 5. Oktober 1926 — 21. Jahrgang

Deutschlands europäische Verständigungspolitik.

Stresemanns Appell an England und an die Vereinigten Staaten.

Köln, 2. Oktober.

Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei hielt heute Außenminister Dr. Stresemann eine namentlich in ihren außenpolitischen Ausblicken wichtige Rede. Stresemann, dem die Versammlung Ovationen bereitete, führte aus: In ihren Zielen sei sich die große Mehrheit des deutschen Volkes über die Außenpolitik durchaus einig. Nur ihre Bedeutung sei umstritten. Ob sie richtig ist, sei an ihrem Erfolge zu messen, aber Erfolge könne unsere Außenpolitik überhaupt nur insofern haben, als sie uns von den drückendsten Fesseln befreie. Er habe oft die Empfindung, als ob manche Aeußerung in der deutschen Oeffentlichkeit zu der deutschen Außenpolitik nur zu verstehen ist unter der Ueberschrift: „Wir vergessen zu leicht."

Stresemann verwies dann darauf, daß es schon ein Fortschritt sei, daß man nicht mehr den diplomatischen Verkehr in Form ultimativer Drohungen, sondern am Verhandlungstisch gepflogen habe. Aber jeder Außenminister kämpfe in Deutschland gegen die Parteiverer, die täglich beteten: „Unsere tägliche Illusion gib uns auch heute".

Die Verständigungspolitik war unpopulär, denn die Behandlung des deutschen Volkes ließ die Achtung vor ihm vermissen. Aber dagegen war mit Haß, Trotz und illusionären Revanchegedanken nicht anzukämpfen.

Die Verständigungspolitik fiel uns nicht in den Schoß, sie mußte erkämpft werden

und dieser Kampf dauert auch heute an, nicht nur bei uns, auch bei den anderen Nationen.

Stresemann stellte dann die Etappen der Politik der letzten Jahre auf, die in ihrer Grundlinie mit dem Abbruch des Ruhrkampfes begonnen hat. Auf dem Wege lag die Befreiung des Ruhrgebietes und der ersten Rheinlandzone und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, und auf der Endroute liege die Erkämpfung der deutschen Souveränität über das ganze Rheinland. Nachdem so Stresemann die Resonanz seiner Außenpolitik im Innern gekennzeichnet, ging er auf

die aktuellen Probleme der Außenpolitik

über: Für die deutsche Außenpolitik stellt sich die Zugehörigkeit zum Völkerbund unter einem doppelten Gesichtspunkt dar: 1. unter dem der Bedeutung und des Wertes des Völkerbundes als solchen, 2. unter dem Gesichtspunkt, daß unser Eintritt ebenfalls eine Etappe auf dem Wege außenpolitischer Entwicklung war.

„Die Genfer Tagung hat mich bestärkt in der Ueberzeugung, die ich vom Völkerbund hatte. Gleichgültig, wie man sich zu den allgemeinen Ideen des Völkerbundes einstellen mag, wäre es eine Torheit, die große politische Realität zu verkennen, die die Genfer Institution darstellt. Ich bin der Ansicht, daß das internationale Leben tatsächlich neuer Formen bedarf und nach ihnen sucht, und daß zumindest

ein wertvoller Ansatzpunkt für diese Bestrebungen in Genf

gegeben ist. Welche Schwierigkeiten bot früher zu kritischen Zeiten das Zustandekommen politischer Konferenzen! Und die Aussprache über die sachlichen politischen Probleme galt beinahe schon als gelöst, wenn es gelang, sie einer Konferenz zu übertragen. Die Bedeutung Genfs stieg über die Möglichkeit der Besprechung akuter Einzelfragen weit hinaus. Dort werden persönliche Beziehungen begründet, wie sie früher kaum möglich waren.

Ich persönlich schätze den Kontakt, den ich mit vielen bedeutenden Staatsmännern schon bei dieser ersten Tagung gewonnen habe, außerordentlich hoch ein. Die Verständigungspolitik hat durch unseren Eintritt in den Völkerbund eine starke Stütze erhalten. Es ist kein Zufall, daß meine Besprechung mit dem französischen Außenminister in unmittelbarer Nähe von Genf stattfand. In Locarno und Genf ist für uns die Grundlage geschaffen worden, die eine Bereinigung der zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Kriegsgegnern schwebenden Probleme ermöglicht. Damit komme ich zu

dem vielerörterten Thema einer deutsch-französischen Verständigung.

Ich kenne alle Hindernisse, psychologische Hemmungen hüben und drüben, aber ich glaube, die Tatsache ist nicht zu bestreiten, daß eine deutsch-französische Verständigung der Kernpunkt jeder europäischen Verständigung und Befriedung ist und bleibt. Diese Frage ist keine taktische, sondern sie ist das Kernproblem der zukünftigen Entwicklung, ohne daß jemand heute zu sagen vermag, ob in dieser Entwicklung die Völker dem Wunsch und dem Willen ihrer Staatsmänner folgen werden.

Ich glaube an den ehrlichen Verständigungswillen des französischen Herrn Außenministers, mit dem mich mehrere Jahre der Verhandlungen über wichtige Fragen und persönliche Fühlungnahme bei Konferenzen verbinden. Ich sehe da schon wieder die liebenswürdigen Ueberschriften in den Zeitungen, die vielleicht schon in diesem Augenblick entstehen (mit einer Wendung zu dem Pressetisch) „Der ewige Optimist" oder „Der vertrauensvolle Utopist".

Einfache Vertrauenshingabe ohne sachliche Gründe ist Torheit.

Ganz falsch ist es aber auch, zu glauben, daß die Politik lediglich durch Mißtrauen bestimmt werden könne. Die alte Kabinettspolitik „Traue niemandem und betrüge jeden", die auch früher nicht sehr erfolgreich gewesen ist, sollte für ewig der Vergangenheit angehören. Für mich steht das eine fest, daß das neue Deutschland und sein Wiederaufstieg nur auf dem Frieden basiert sein kann. Hier ist also die Grundlage jeder praktischen Wiederaufrichtung unserer Stärke."

Stresemann betonte dann

die Bedeutung der internationalen Wirtschaftsabmachungen.

„Die Wirtschaft ist Schrittmacherin auf einem Wege, der über Landesgrenzen hinweg große neue Bindungen schafft und wirtschaftliche Anomalien der Friedensverträge beseitigt. Niemals kann es die Aufgabe deutscher Wirtschaftsführer sein — die im übrigen bei ihren Besprechungen und Verhandlungen selbstverständlich im Einvernehmen mit ihren Regierungen gehandelt haben — einen Zusammenschluß einzelner Länder in großen industriellen Fragen herbeizuführen mit der Tendenz, dadurch andere Länder oder Wirtschaftsmächte niederzukonkurrentieren und den Kampf einzelner Firmen auf den wirtschaftlichen Kampf einzelner dieser Gruppen zu übertragen.

Stets ist England der Beitritt zu dieser Vereinigung freigestanden. Es ist Englands eigener Wille, daran nicht teilzunehmen.

Weiterhin ist es ebenso selbstverständlich bei der Außenpolitik, wenn sie Frieden und Verständigung sucht, daß es niemals ihre Aufgabe ist, irgendwelche Mächte abzuschließen oder ihre Tendenzen gegen bestimmte Mächte zu richten. Das gilt ebenso von dem Berliner Vertrag, der zwischen Deutschland und der Sowjetregierung abgeschlossen ist, wie von den Verhandlungen, die die Vereinigung der Nachkriegszeit zwischen Frankreich und Deutschland anstreben.

Früher war es in oppositionellen Kreisen beliebt, die deutsche Außenpolitik als von England abhängig hinzustellen. Das ist ebenso töricht, als wenn Deutschland wirtschaftlich oder politisch jetzt eine England unfreundliche Politik treiben wollte oder treiben müßte.

Dasselbe gilt auch von dem Verhältnis zu den übrigen Staaten, besonders zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Es wäre verfrüht, jetzt schon Entscheidendes darüber sagen zu wollen, wie die Verhandlungen in Thoiry zum Erfolg führen können. Es bedarf dazu der sorgfältigen Behandlung aller dabei in Betracht kommenden Fragen. Ich bin mir von vornherein darüber klar, daß

die nächsten Monate wieder Zeiten der stärksten Kämpfe

und auch der Geduld und Nervenprobe sein werden. Es ist klar, daß, wenn eine Tatsache geschaffen wird, sie nicht schon Allgemeingut der öffentlichen Meinung der verschiedenen Länder ist, wenn alle Gegner dieser Politik emporsteigen und offen oder mit anderen Mitteln den Kampf aufnehmen.

Nur das eine kann ich Ihnen sagen: die Politik von Toiry kann nach meiner Anschauung und nach der Ueberzeugung des französischen Herrn Außenministers keine Politik sein, die aus dem Rahmen der allgemeinen Politik zur Befriedung und zum Wiederaufbau Europas heraustrete.

Es bedarf zu ihrer Verwirklichung deshalb auch der Beteiligung anderer Mächte

und der Mitwirkung der für die Reparationsfragen zuständigen Stellen. Ich rechne darauf, daß dieser Politik in den anderen Ländern Verständnis und Förderung zuteil wird. Dabei denke ich besonders an die Vereinigten Staaten von Amerika, die schon seit dem Tage von Versailles die wirkliche Befriedung als eines ihrer Ziele bezeichnet haben und die Bewegung ins Leben riefen, die zum Dawesabkommen führte. Ich möchte deshalb annehmen, daß es in der Linie der Politik der Vereinigten Staaten liegen wird, jetzt auch die Absichten von Thoiry verständnisvoll zu unterstützen."

Stresemann erinnerte dann an die Rede, die der Präsident der Vereinigten Staaten im Juli 1925 in Cambridge im Staate Massachussets gehalten hat, in der er Europa empfahl, an Stelle des Mißtrauens wechselseitige Uebereinkünfte und die Methode der Schiedsgerichtsbarkeit und der richterlichen Entscheidungen zu stellen. Ebenso wie die europäischen Völker die schwierige Frage der Reparationen geregelt haben, könnten sie auch über ihre Sicherheit sich einigen. In dieser Rede habe der Präsident der Vereinigten Staaten weiter gesagt: „Während unser Land sich politisch nicht verpflichten sollte, wo es keine politischen Interessen hat, so werden doch derartige Uebereinkünfte stets die moralische Unterstützung unserer Regierung finden, und es darf nicht ausbleiben, daß sie von der öffentlichen Meinung der Welt lebhaft begrüßt würden. Sie würden den beteiligten Nationen materiellen und geistigen Lohn einbringen. Auf welcher anderen Grundlage könnte es Mut für die geben, die geeignet sind, bei dem finanziellen Wiederaufbau Europas mitzuwirken?"

Stresemann fuhr nach diesem Zitat fort: „Wenn das Inkrafttreten der Locarnoverträge dazu geführt hat, daß die französischen und deutschen Minister des Aeußeren bei ihren Kabinetten dafür eintreten, daß das noch zwischen uns Stehende herausgenommen wird; wenn Zusammenhang mit diesen Fragen auch Fragen wirtschaftlicher und finanzieller Natur gestreift werden, die die Zustimmung anderer Staaten erfordern, die früher beim Londoner Abkommen mitgewirkt haben, so glaube ich, daß diese Darlegung des Präsidenten der Vereinigten Staaten auch anzuwenden ist auf diesen Fortschritt der friedlichen Verständigung in Europa; und wir glauben, sie auch dahin auslegen zu können, daß auch für diese weitergehenden Bestrebungen die moralische Unterstützung der Oeffentlichkeit der Vereinigten Staaten zur Seite stehen wird."

Stresemann beschäftigte sich dann mit der letzten Rede Poincarés.

„Ein schriller Nachklang zu dieser Politik der allgemeinen Befriedung ist es, wenn neuerdings von der Gegenseite von hoher verantwortlicher Stelle der Oeffentlichkeit wieder die alte Behauptung von der alleinigen Kriegsschuld der Mittelmächte verkündet wird. Die Aufklärung der Völker über die wahren Vorgänge ist zu weit vorgeschritten, als daß derartige Behauptungen jetzt noch gewagt werden dürfen. (Lebhafter Beifall.) Wir brauchen sie um so weniger zu fürchten, wenn die Behauptung sich aus einer Stellungnahme zu allen diesen Fragen erklärt, deren fast zwangsläufige Parteilichkeit vor aller Welt offen zutage liegt. Auf einem Friedhof hat der große Staatsmann, der das größte und bedeutendste Volk der Erde führt, kürzlich in diesem Jahre zu derselben Frage Stellung genommen und gesagt: „Niemand, der die Tatsache untersucht, kann daran zweifeln, daß es der wirtschaftliche Zustand Europas war, der die überlasteten europäischen Länder kopfüber in den Weltkrieg gejagt hat."

„Ich will mit dieser Erklärung nicht rechten.

Wir sind bereit, uns jedem unparteiischen Gerichtshof zu stellen,

der die Ursachen des Weltkrieges untersucht. Wer dasselbe will, daß nämlich die Wahrheit entschieden werde, der folge unserem Beispiel. Die Menschheit hat ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren, und niemand wird sich diesem Wunsche der Menschheit nach einem unparteiischen Schiedsspruch für dauernd widersetzen können."

Nach dem Abschluß seiner außerpolitischen Darlegung auf dem Kölner Parteitag ging Stresemann zur Innenpolitik über und versicherte, daß er nicht Fragen der Tagespolitik anschneiden wolle. Tatsächlich wurde die Frage der Koalitionsbildung nicht mit einem Wort direkt berührt. Aber Stresemann ist ein Meister in der Behandlung des Wortes und versteht es, in Andeutungen und Umschreibungen sehr deutlich das auszudrücken, was er nicht direkt sagen will.

Er leitete mit einigen Sätzen über den Konflikt in Sachsen ein, wo die Deutsche Volkspartei es abgelehnt hat, sich für den Fall eines bürgerlichen Wahlsieges auf den Bürgerblock zu verpflichten. Eine solche Verpflichtung hätte den Traditionen der Deutschen Volkspartei widersprochen, die den Klassenkampf ablehnt, gleichgültig, ob er von rechts oder links kommt. Diese Ablehnung des Klassenkampfes, wie er von der Rechten geübt wird, wiederholte Stresemann später noch unter